

Bankrotte Staaten ?

Autor: Michael Houben

ARD Plusminus März 2009

Milliarden zur Bankenrettung, Milliarden für Konjunkturprogramme – die Folgen der Finanzkrise haben die Staaten der Welt schon mehrere Billionen Euro gekostet. Die weltweite Rezession wird weitere Löcher in die Staatshaushalte reißen, dabei stehen schon heute einige EU-Mitglieder unmittelbar vor dem Staatsbankrott. Nun gilt es, weitere Milliarden zur Rettung dieser Staaten aufzuwenden. Damit droht die Finanzkrise in eine neue Runde zu gehen – und auch Länder der Euro-Zone in den Staatsbankrott zu reißen.

Jahrelang schienen die neuen EU-Mitglieder im Osten auf einem guten Weg zu sein. Die Wirtschaft wuchs, sogar deutlich schneller als in den westlichen Mitgliedsstaaten der europäischen Union. Allerdings: Das Wachstum war mehr als anderswo auf Schulden aufgebaut. Nicht nur die Staaten selbst hatten hohe Auslandskredite aufgenommen. Auch die Bürger. Dabei war es üblich, dass Privatleute ihre Häuser mit Hypotheken bauten, die nicht auf der Landeswährung, sondern auf Schweizer Franken oder Euro basierten. Das schien ein gutes Geschäft zu sein. Die Landeswährungen wurden jahrelang immer wieder aufgewertet. Man musste weniger Forint, Latt oder Leu aufwenden um die Raten zu bezahlen. Dann kam die weltweite Krise, die jeweiligen Landeswährungen wurden innerhalb weniger Monate stark abgewertet und die in örtlicher Währung zu zahlenden Raten für die Euro- oder Franken-Kredite schossen dramatisch in die Höhe. Viele Bürger aber auch Firmen können sie nicht mehr zahlen. Gleichzeitig schrumpft die Wirtschaft in den osteuropäischen Staaten stärker und schneller, als im Kernland der EU. Das lässt auch die Steuereinnahmen stärker einbrechen, als in den westlichen Industrienationen. Litauen, Lettland, aber auch Ungarn und Rumänien müssen deshalb immer neue Schulden aufnehmen – doch die Kapitalmärkte haben wenig Vertrauen in diese Staaten. Sie verlangen deutlich höhere Zinsen als etwa für Kredite an den deutschen Staat. Das belastet diese Staatshaushalte noch stärker. Ihre Bonität wird mittlerweile von den Kapitalmärkten für so schlecht gehalten, dass sie teilweise kaum noch Abnehmer für Ihre Staatsanleihen finden. Doch ohne die droht akute Zahlungsunfähigkeit. Lettland und Ungarn mussten deswegen schon letzten Jahr bei der EU und dem internationalen Währungsfund um Nothilfe bitten. Insgesamt rund 13 Milliarden haben sie bereits aus EU-Töpfen erhalten. Anfang des Jahres kündigten auch Ungarn und Rumänien an, auf einen Finanz-Zuschuss der EU angewiesen zu sein. Die EU möge bitte einen Sonderfond von insgesamt 190 Milliarden auflegen um den in Not geratenen östlichen Mitgliedern zu helfen. Zur Debatte stand insbesondere eine Euro-Anleihe. Eine Staatsanleihe die von allen EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam auf den Finanzmärkten platziert werden sollte. Staaten mit guter Bonität sollten ihr gutes Rating in die Waagschale werfen und den anderen Staaten auf diese Weise helfen, neue Schulden zu erträglichen Zinssätzen aufnehmen zu können. Nicht nur Bundesfinanzminister Peer Steinbrück lehnte das ab. Er fürchtet, danach auch für deutsche Staatsschulden höhere Zinsen zahlen zu müssen und so den deutschen Staatshaushalt noch stärker zu belasten, als dies ohnehin schon notwendig geworden ist.

Eine Kettenreaktion droht.

Allerdings: Experten sind sich einig, dass die EU es sich kaum leisten kann, einen oder gar mehrere Mitgliedsstaaten bankrott gehen zu lassen. Wenn diese Staaten zahlungsunfähig würden und ihre bislang aufgehäuften Schulden nicht mehr bedienen können, wäre dies nicht nur ein dramatischer Imageverlust für die EU - es drohen auch direkte Folgeschäden. Denn es waren vor allem westeuropäische Banken und Versicherungen, die bislang die Staatsanleihen osteuropäischer Staaten gekauft hatten. Im Falle eines Staatsbankrottes wären die wertlos. Schon wieder drohen Milliardenverluste, Abschreibungen – und eine noch einmal dramatisch verschärfte Schieflage auch deutscher Banken und Versicherungen, die dann wieder vom deutschen Staat aufgefangen werden müsste. Noch schlimmer träfe es allerdings Österreich und Italien, die in den vergangenen Jahren die Hauptfinanziers osteuropäischer Staaten waren – und von einem dortigen Staatsbankrott auch selbst in den Konkurs gezogen werden könnten. Damit wären dann auch Länder der Währungsunion betroffen. Dass dieses Szenario realistischer ist, als den EU-Bürgern lieb sein kann, bestätigten PLUSMINUS gegenüber gleich zwei Experten. Professor Max Otte, der auch die Finanzkrise des letzten Herbstes verblüffend präzise vorhergesagt hatte und Prof. Michael Hüther, der Chef des Institutes der deutschen Wirtschaft. Beide glauben, dass die noch relativ zahlungskräftigen Länder Mitteleuropas in den kommenden Monaten Finanzhilfe an mehrere notleidenden EU-Mitglieder leisten müssen.

Pleitekandidaten auch im Süden

Beide verweisen darauf, dass nicht nur Staaten im Osten der EU mit akuten Finanzproblemen zu kämpfen haben. Griechenland muss inzwischen für neu aufgenommene Staatsschulden rund doppelt soviel Zins bieten, wie Deutschland: Und das nicht ohne Grund! Griechenland war schon mit statistisch geschönten Haushaltszahlen in das Euro-Zeitalter gestartet, hatte selbst in guten Jahren die Staatsverschuldung ausgeweitet und dringende Reformen versäumt. In Spanien und Portugal wiederum hatte die Umstellung auf den Euro die Zinsen stark sinken und die Löhne steigen lassen. Dort begann ein auf Pump finanzierter Immobilienboom. Der droht nun –

ähnlich wie in den USA - zusammenzubrechen. Selbst im Norden der EU gibt es Pleitekandidaten. Irland hat – im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – ein starkes Bankenwesen. In der Krise schrumpft nun nicht nur die Wirtschaft, der Staat muss gleichzeitig überproportional große Geldbeträge in die Stützung der Banken investieren. Während Deutschland trotz Bankenrettungs- und Konjunkturprogrammen in diesem Jahr neue Schulden in der Größenordnung von rund drei Prozent seines Bruttoinlandsproduktes aufnehmen muss, verschuldet sich Irland in diesem Jahr mit bereits mehr als zehn Prozent des BIP. Entsprechend hoch schätzen die Kapitalmärkte das Ausfallrisiko dieser Kredite ein. Entsprechend hoch sind die zu zahlenden Zinsen.

Staatsbankrott in der Eurozone ? Ein Tabu-Thema

Während schon der Konkurs eines EU-Mitgliedes mit eigener Währung die europäischen Finanzmärkte in eine gefährliche Krise stürzen kann, sind die Folgen eines Staatsbankrottes in einem Euro-Land praktisch unabsehbar. Das Vertrauen in die europäische Währung würde weltweit schrumpfen, Abwertung des Euro wäre noch eine der harmloseren Folgen. Die EU-Kommission lässt zwar verlauten, man habe dafür Notfallpläne in der Tasche. Wie diese aussähen wird allerdings nicht bekannt gegeben. Tatsächlich ist ein Austritt eines Landes aus der Währungsunion in den Verträgen nicht vorgesehen. Er würde dem bankrotten Land auch nichts nützen. Wenn Griechenland zum Beispiel wieder die Drachme einführen würde, würde das die Bonität des Landes in keiner Weise steigern. Allenfalls eine dramatische Abwertung der dann wieder neu eingeführten Landeswährung würde die Rückzahlung der Kredite erleichtern. Gleichzeitig würde aber die Kreditwürdigkeit endgültig schwinden. Die Probleme würden eher vergrößert als verkleinert und das betroffene Land unweigerlich in die schlimmstmögliche Wirtschaftskrise abrutschen. So halten die von Plusminus befragten Experten den Staatsbankrott eines Landes der Eurozone für praktisch undenkbar. Europa müsse jede denkbare Maßnahme ergreifen, ihn zu verhindern. In der Praxis kann dies nur auf eine Weise erfolgen. Die noch vergleichsweise zahlungskräftigen Länder, insbesondere Frankreich, die Benelux-Staaten und Deutschland, müssten die Pleitekandidaten mit Milliardenbeträgen stützen. Die EU beschloss bereits vor Monaten, einen ursprünglich auf 12 Milliarden Euro begrenzten Hilfsfonds auf 25 Milliarden aufzustocken. Auf dem EU-Gipfel des vergangenen Wochenendes wurde eine erneute Aufstockung auf 50 Milliarden beschlossen. Doch es ist absehbar, dass selbst diese Summe nicht reicht, um alle Pleitekandidaten mit ausreichender Liquidität zu versorgen,

Milliarden (nicht nur) aus Deutschland

Prof. Michael Hüther legt Wert auf die Feststellung, dass für die Stützung der Krisenländer nicht unbedingt Geld aus dem Staatshaushalt fließen müsse. Wenn Deutschland sich zu vergleichsweise günstigen Konditionen Geld leiht und es mit geringem Risikoaufschlag zum Beispiel Griechenland weiterreicht, würden dadurch sogar Einnahmen entstehen. Zumindest so lange, wie Griechenland dann in der Lage wäre, die Zinsen zu zahlen. Gleichzeitig betont er, dass allein schon die Ankündigung der EU-Staaten, den besonders gefährdeten Ländern helfen zu wollen, positive Folgen hatte. Die Risikozuschläge, die diese Länder auf den Kapitalmärkten zahlen müssen, sind wieder leicht gefallen. Politisch wäre eine solche Hilfe aber problematisch. Wenn Länder, die in den letzten Jahren schlecht gewirtschaftet haben, sich nun auf Hilfe der ‚großen Brüder‘ verlassen könnten, gäbe es künftig noch weniger Anreiz durch sparsames Haushalten für gesunde Staatsfinanzen zu sorgen.

Wie wird man die Schulden wieder los ?

Selbst wenn durch milliardenschwere Beihilfen der Staatsbankrott einzelner EU-Länder verhindert werden kann: Bankenrettung, Konjunkturprogramme und Stützung notleidender EU-Mitglieder zusammen, werden den Schuldenberg unweigerlich auf neue Höchststände steigen lassen. Sobald die Krise bewältigt ist, wird er abgebaut werden müssen. Es fragt sich nur wie. Prof. Michael Hüther verweist auf das positive Beispiel Kanada. Anfang der Neunziger Jahre war das Land mit kritischen 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verschuldet, durch strikte Ausgabenbegrenzung, staatliche Sparpolitik, konnte dieser Wert innerhalb eines Jahrzehnts wieder auf erträgliche 40 Prozent heruntergefahren werden. Allerdings werden viele Staaten der EU damit Probleme haben. Eine Begrenzung der staatlichen Ausgaben würde bedeuten, weniger Geld für Infrastruktur oder auch Sozialleistungen ausgeben zu können, das könnte den sozialen Frieden gefährden und das herbeigesehnte Wirtschaftswachstum dämpfen. Deshalb ist Prof. Max Otte skeptischer und rechnet zum Ende der Krise mit kräftiger Inflation. Irgendjemand wird seiner Meinung nach am Ende zahlen müssen: Im Fall von Deflation und Staatsbankrotten wären das alle Bürger, weil die Wirtschaftsleistung dramatisch einbrechen würde. Im Falle von Inflation wären es die Besitzer von Sparvermögen, Rentner und alle, die privat für das Alter vorgesorgt haben. Deren Guthaben würde durch Inflation entwertet – ebenso wie die angehäuften Staatsschulden, die auf diese Weise allerdings auch sehr viel leichter zurückgezahlt werden könnten. Angesichts dieser Zukunftsperspektive wird den Regierungen der EU - selbst nach eventuell erfolgreicher Abwendung der drohenden Staatsbankrotte - viel Streitpotential erhalten bleiben.